

In unserem Land – so die gängige Meinung – gibt es eigentlich keine Arme. Oder doch? Wie viele?

Eine genaue Zahl kann ich nennen: 2011 haben 236 133 Personen Sozialhilfe bezogen. Aber das ist schon das einzig Genaue, das man sagen kann. Armut hat viele Facetten, und deshalb gibt es auch verschiedenste Definitionen von Armut. Diese hat ja mit Mangelerscheinungen zu tun. Und das kann ein Mangel an Bildung, an Beteiligungsmöglichkeiten, an Beziehungen, an Wohnraum oder an Gesundheit sein. Üblicherweise sprechen wir jedoch von der Einkommensarmut, also vom Mangel an Geld. Dieser lässt sich besser messen. Wenn



man sich am sozialen Existenzminimum der SKOS orientiert, so zählt man zu den Armen die Personen in der Schweiz, die im Durchschnitt weniger als 2250 Franken im Monat zur Verfügung haben. Bei Familien mit zwei Kindern wird ein Wert von 4000 Franken angesetzt. Gestützt auf diese Werte gibt das Bundesamt für Statistik die Armutsquote der Schweiz mit 7,9 Prozent an. Das entspricht gut 600 000 Personen.

Es gab eine Zeit, da war man überzeugt, dass die materielle Armut in unserem Land bald der Vergangenheit angehören würde. Die sozialen Sicherungssysteme, die die Risiken (Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit), arm zu werden, auffangen sollten, wurden ausgebaut. Was ist denn der Grund, warum Menschen bei uns in Armut leben?

Im Wesentlichen sind es Veränderungen in der Gesellschaft und in der

Schutz vor dem Fall ins Bodenlose

Die SKOS als Akteurin in der schweizerischen Sozialpolitik

Die Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, ein Fachverband, in dem über 1000 Mitglieder (Kantone, Gemeinden und Städte, private soziale Organisationen und Bundesämter) zusammengeschlossen sind, erlässt Richtlinien zur Sozialhilfe. Die SKOS versteht sich als Akteurin der schweizerischen Sozialpolitik und nimmt Stellung bei Vernehmlassungen. Sie leistet Lobbyarbeit und betreibt Forschung zu sozialpolitischen Fragen.

Arbeitswelt. So hat zum Beispiel die Konjunktur sehr direkten Einfluss auf die Erwerbsmöglichkeiten der Menschen. Geht es dieser schlecht, haben viele kein Einkommen mehr. Soweit sie nicht oder nicht mehr auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung zurückgreifen können, sind sie finanziell rasch am Anschlag. Arbeitsverhältnisse werden zudem im Niedriglohnbereich immer prekärer. Arbeit auf Abruf, befristete Arbeitsverhältnisse, etcetera nehmen zu. Aber auch Studienabsolventinnen und -absolventen finden oft erst nach einigen Jahren Praktika eine feste Anstellung. Entscheidend sind im Weiteren aber auch die Veränderungen in den Familienstrukturen. Scheidungen, Patchworkfamilien, der frühere Auszug der Kinder oder die stationäre Altenbetreuung führen oft dazu, dass das Einkommen den Bedarf nicht mehr zu decken vermag.

Und wie leben sie denn?

Natürlich greift ein grosser Teil dieser Leute auf die Sozialhilfe oder andere Leistungen wie etwa Stipendien zurück. Aber gerade Studierende und viele Jugendliche leben vielfach unter der statistischen Armutsgrenze und kommen mit wenig aus. Andere leben von Gelegenheitsarbeiten oder können auf die Unterstützung von Verwandten und Bekannten zählen. Der Lebensstil ist oft sehr bescheiden. Sie kommen bei Freunden unter, wechseln oft den Wohnort und versuchen so, über die Runden zu kommen. Viele machen Schulden. Wer über ein grosses Beziehungsnetz verfügt, ist meistens besser dran. Aber gerade Armutsbetroffene haben oftmals nur ganz wenige Beziehungen, wenn überhaupt.

Sozialhilfe ist das «letzte Netz» innerhalb der sozialen Leistungen in unserem Land, sie steht in der Kritik. Für die einen, die Betroffenen, ist die heutige Realität der Sozialhilfe «restriktiv», «demütigend», «diskriminierend und pro-

hibitiv» gar, für die politische Rechte, für einzelne Behördenmitglieder, für «den Stammtisch» ist sie zu large, zu verwöhnend. Wie ist Sozialhilfe in der Praxis?

Die Sozialhilfe, die Fürsorge oder die Armenpflege, wie sie über die Zeit hinweg hiess, stand immer in der Kritik. Sozialhilfe beziehen heisst zunächst, einem Amt seine Verhältnisse offen zu legen. Dabei geht es primär um die finanziellen Verhältnisse. Das ist gerade für Menschen, die bisher selbständig gelebt haben, schwer. Aber es kommt ja noch viel mehr dazu. Hinter den finanziellen Verhältnissen stehen nicht selten geplatzte Lebensträume, gescheiterte Ausbildungen, verkachelte Beziehungen, eine missratene Erziehung der Kinder, unerfreuliche Arbeitsverhältnisse und all das Negative, das Menschen auf der Schattenseite des Lebens mit sich tragen und sie belastet. Was die Sozialhilfe angeht, so ist sie heute wesentlich besser als ihr Ruf. Natürlich gibt es noch die kleinen Gemeinden, wo Sozialvorstände sich am Feierabend mit den Fällen abmühen. Doch diese Form der Sozialhilfe ist am Aussterben. Die Professionalisierung und die Regionalisierung haben grosse Fortschritte gemacht. Und damit hat sich die Sozialhilfe auf leisen Sohlen reformiert. Das Bild der Sozialhilfe wird allerdings noch sehr stark von den alten Verhältnissen geprägt. Es bleibt aber auch heute so, dass es für Armutsbetroffene kein Leichtes ist, zur Sozialhilfe zu gehen. Grosszügig ist sie in jedem Fall nicht.

Das Bild, was der Sozialstaat soll, unterliegt dem Zeitgeist: der obrigkeitliche Eingriffsstaat, der Wohlfahrtsstaat, der aktivierende Sozialstaat... Wo stehen wir heute? Wie positionieren Sie den Sozialstaat heute?

Das vorherrschende Paradigma ist immer noch der aktivierende Sozialstaat. Wenn ich in letzter Zeit einen Trend ausmachen sollte, dann würde ich ihn den moralisierenden Sozialstaat bezeichnen.

Was meinen Sie damit?

Die strukturellen Rahmenbedingungen werden kaum mehr reflektiert. Gesellschaftliche Probleme werden individualisiert. Zunehmend wird auch moralisiert. Fettleibige sollen bitte abnehmen, wenn sie nicht höhere Krankenkassenprämien zahlen sollen. Raucher sowieso. Wer einen etwas gefährlichen Sport betreibt, ist selber schuld. Und wer Sozialhilfe bezieht erst recht. Und wer an einem psychosomatischen Leiden leidet, soll sich bitte etwas zusammenreissen. Und wer ausgesteuert wird, ist ein Versager. Es werden Normierungen vorgenommen und das Abweichende als unmoralisch qualifiziert. Die moralische Empörung legitimiert dann die Sanktion. In diesem Zusammenhang haben die Missbrauchsdebatten eine bestimmte Funktion. Sie reduziert den Diskurs auf den skandalösen oder skandalisierten Einzelfall und schliesst von diesem auf den gesamten Sozialstaat. Der Weg führt von der Diffamierung Einzelner über die Diskreditierung der Institutionen zur Diskriminierung von Gruppen. Nun ist es sicher nicht falsch, der Eigenverantwortung in der Sozialpolitik einen hohen Stellenwert zuzuweisen, denn diese ist für mich kein Widerspruch zur Solidarität, sondern Teil davon. Aber die Art des heutigen Diskurses macht mir Sorge, weil er im Denken und politischen Handeln eher die Exklusion statt die Inklusion fördert. Der Rückgriff auf die alte Unterscheidung zwischen würdigen und unwürdigen Armen ist nicht mehr weit.

Wie positioniert sich die professionelle Sozialhilfe in diesen Debatten?

Die professionelle Sozialhilfe steht heute unter einem hohen Legitimationsdruck. Sie muss ihren Nutzen aufzeigen. Aber wer näher mit der Arbeit vertraut ist – also etwa Sozialbehörden –, weiss sehr genau, wie anspruchsvoll die Arbeit ist, und hat meistens Respekt. Dass die Professionalisierung in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, belegt die

Einsicht der Entscheidungsträger, dass es diese Dienste braucht. Es herrscht Personalmangel und Absolvierende der Fachhochschulen haben keine Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden. Erst mit der Nähe zum Stammtisch tauchen Theesen auf – wie kürzlich, wonach es die Sozialarbeitenden selber seien, die die hohe Zahl von SozialhilfeempfängerInnen verursachten, damit ihnen die Arbeit nicht ausgehe.

Die Initiative für ein garantiertes Grundeinkommen provoziert die Sozialpolitik. Sie verspricht eine faire einfache Lösung. Wie schätzen Sie das ein?

Ich halte die Idee eines garantierten Grundeinkommens für eine spannende Vision. Sie gibt es übrigens schon seit vielen Jahrhunderten mit wechselnden Begründungen. Wirklich spannend! Als praktische Lösung kann ich mir das allerdings nicht vorstellen. In den Diskussionen werden meine Zweifel am Grundeinkommen jeweils mit vielen Erklärungen und Ergänzungen, die man zum System hinzudenken müsse, gekontert, aber überzeugt hat man mich damit nicht. Tatsache bleibt, dass es viele Menschen gibt, die auch mit einem garantierten Grundeinkommen nicht über die Runden kommen könnten und auf diverse zusätzliche Leistungen angewiesen wären.

Behinderte, Menschen mit besonderen Krankheiten, Alte in Pflegeheimen, etcetera. Ihr Bedarf ist oft ein Vielfaches von dem, was man mit einem Grundeinkommen bezahlen könnte. Einzelne Sozialversicherungen und bedarfsabhängige Leistungen müssten also weiterhin geben. Zudem ist für mich das Verhältnis dieses Grundeinkommens zum Erwerbseinkommen ein Buch mit sieben Siegeln. Aber ich bin überzeugt, man wird mir auch das erklären wollen. Zudem muss ich auch sagen, dass unser Sozialstaat nicht so schlecht funktioniert, dass man ihn auf der grünen Wiese neu erfinden müsste.

Die Initiative ist zustande gekommen. Viele Menschen, darunter auch engagierte Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker, scheinen in dieser Utopie durchaus einen gangbaren Weg aus der gegenwärtigen Polemik um Armut, Missbrauch, staatlichen Interventionen, Kürzungen und Kontrollwut zu sehen. Wie wird Ihrer Meinung nach die Diskussion um die Initiative die Debatte über Armut und Sozialhilfe beeinflussen?

Im guten Fall – und das hoffe ich – kann sie eine umfassende Diskussion um Rolle und Funktion des Sozialstaates auslösen. Es könnte aufgezeigt werden, wer diesen Sozialstaat trägt und was er leistet. Darüber hinaus könnte bewusst gemacht werden, dass die Fokussierung auf die monetarisierte Erwerbsarbeit eine Verkürzung unserer Lebenswirklichkeit darstellt, dass es nämlich auch Betreuungsarbeit, Familienarbeit, Beziehungsarbeit, Kulturarbeit und vieles mehr gibt, was für die Gesellschaft wichtig ist, aber zu wenig Wertschätzung erfährt. Im schlechten Fall findet keine richtige Diskussion statt und die Initiative, der man ja eh keine Chancen einräumt, wird einfach abgetischt. Dass sie an der gegenwärtigen Polemik um Armut und Missbrauch etwas ändert, glaube ich nicht. Diese Polemik kommt in der Geschichte des Sozialstaates immer wieder auf. Es sind Wellen, die kommen und gehen, die aber die Uferzonen durchaus erodieren können. Sie würde also auch nach Einführung des Grundeinkommens in irgendeiner Form wieder aufpoppen.

Welche Chancen und welche Risiken sehen Sie als Präsident der Skos in der zu führenden Debatte? Gibt es eine «Position der Skos»?

Die Skos hat noch keine Position zur Initiative bezogen. Aber ich kann heute schon sagen, dass sie sich mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht für die Initiative aussprechen wird. Die Skos wird

aber im Rahmen der Diskussion aufzeigen können, dass die Sozialhilfe und das Grundrecht auf Existenzsicherung heute schon für viele Leute unabhängig des Verschuldens und unabhängig der Ursache der Armut, von Pass und Status ein Grundeinkommen darstellt, das sie vor dem Fall ins Bodenlose schützt. Das ist eine ganz wichtige Funktion. Allerdings ist das kein bedingungsloses Grundeinkommen, denn die Mitwirkung und die Schadensminderung werden eingefordert. Wer kann, soll sich selber helfen. Die Sozialhilfe wird auch aufzeigen können, dass sie nicht nur Geld verteilt – das können Automaten besser –, sondern Prozesse in Gang setzt, welche die Menschen zu mehr Autonomie verhelfen wollen – also die ganze Thematik der sozialen Integration. Das ist ja auch die Schwäche der Initiative: Sie reduziert die Armutsthematik auf das Monetäre. Ich habe aber einleitend gesagt, dass Armut viele Dimensionen hat. Die Sozialhilfe kann diese nicht alle ansprechen, aber ihr Auftrag geht klar über das rein Finanzielle hinaus. Man sieht heute bei vielen IV-RentnerInnen, dass sie zwar mit den Ergänzungsleitungen zum Leben genug haben, aber total vereinsamt leben oder verfallen, weil sie keinen Anknüpfungspunkt zur Gesellschaft mehr haben. Der Sozialhilfeempfänger hat wenigstens noch die Sozialarbeiterin, mit der er in regelmässigen Abständen einen Kontakt hat odereinen Streit ausfechten kann. ●

Walter Schmid ist promovierter Jurist, von 1982 bis 1991 Zentralsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, anschliessend Leiter des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe der Stadt Zürich. Seit 2003 Direktor der Hochschule Luzern Departement Soziale Arbeit.
walter.schmid@hslu.ch